

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 24

Ersteinst. Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mfr. ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Beistellung bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Moritzpl. 66-3.

Berlin, den 12. Juni 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnenzeile 3 Mark; für Verbandmitglieder 2 Mark; Einlagenangebote 2 Mark; Versammlungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Einzelgenpreis ist vorher zu entrichten. \* \* \*

37. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 24. Wochenbeitrag für 1921 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Männl. Mfr.	Weibl. Mfr.
Boll	50 Pf.	30 Pf.
Darmstadt	50 Pf.	30 Pf.
Beitragsklasse		
	4 u 5	1-3
Karlsruhe	50 Pf.	30 Pf.

Der Verbandsvorstand.

## Der Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe

kommt mit Ende dieses Monats zum Ablauf. Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs sind für den 14. Juni und die folgenden Tage nach Weimar angesetzt. Beide Parteien warten mit einer Anzahl Änderungsanträge auf, von denen einer der wichtigsten der des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer und der Api-Verbände ist, die Arbeitszeit auf 48 Stunden generell festzusetzen.

In den Tagen vom 9.—11. Juni finden in Leipzig Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Etuis- und Kartonnagenfabrikanten infolge der Kündigung des Lohnabkommens und Tarifamtverhandlungen statt.

## Der Schiedspruch abgelehnt.

Beim Abschluß dieser Nummer erhalten wir vom Reichsarbeitsministerium die Mitteilung, daß die beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 21. April abgelehnt worden sei. Die Entscheidung lautet:

Bezt.: Entscheidung über Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches im Buchbindergewerbe vom 21. April 1921.

An der Lohnstreitigkeit zwischen

1. dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen, Fachgruppe „Briefumschlag- und Papierausstattungsfabrikation“,
2. dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen, Fachgruppe „Geschäftsbücher, Notizbücher, Schreibhefte- und Zeichenlernmittelfabrikation und verwandte Betriebe“,
3. dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer,
4. dem Reichsverband der Buchbindereien, einerseits,

1. dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands,
2. dem Graphischen Zentralverband, andererseits,

wird die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des im Reichsarbeitsministerium gebildeten Schlichtungsausschusses vom 21. April 1921 abgelehnt.

## Begründung.

Die nach § 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 218) zulässige Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen in Gesamtschlichtungen erscheint nur dann angezeigt, wenn die in dem Schiedspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens unerlässlich ist. Beide Voraussetzungen sind im vorliegenden Falle nicht erfüllt.

Die im Reichstarif für das Deutsche Buchbindergewerbe, zuletzt im Januar 1921 vereinbarten Löhne bleiben zwar, wie von Arbeitnehmerseite dargetan ist, hinter den in mehreren anderen, zum Teil verwandten Berufsgruppen erreichten Löhnen zurück; insbesondere hatten auch die in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder durch die im Februar bewilligte Wirtschaftsbeihilfe einen Vorsprung im Lohn vor den hier in Frage kommenden Arbeitnehmern erzielt, der allerdings — mit Ausnahme von Berlin — nach Ablehnung der Neubewilligung dieser Beihilfe jetzt in Fortfall gekommen ist. Demgegenüber war jedoch bei der Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung zu berücksichtigen, daß in den von dem Schiedspruch betroffenen Gewerben bereits seit Monaten, wie auch von Arbeitnehmerseite anerkannt wird, eine außerordentliche Geschäftsstille, insbesondere für die Papierindustrie eine Stodung des Absatzes in das Ausland eingetreten ist, und daß ferner seit der letzten Lohnvereinbarung im Januar die Kosten der Lebenshaltung nach der Statistik eine Steigerung nicht erfahren haben. Bei dieser Sachlage ist eine zwangsweise Durchsetzung der im Schiedspruch vorgesehenen Wirtschaftsbeihilfe nicht zulässig. Auch erscheint die Verbindlichkeitsklärung zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens nach Lage der Verhältnisse nicht geboten. Es muß vielmehr den Parteien überlassen bleiben, ohne staatlichen Zwangseingriff einen Ausgleich in der vorliegenden Streitigkeit zu finden. gez. Dr. Siefert.

Die Schlussfolgerung aus der Ablehnung der beantragten Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 21. April ist die, daß es nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums zurzeit der unter dem Schiedspruch fallenden Arbeiterschaft noch viel zu gut geht. Die Begründung weist ausdrücklich darauf hin, daß eine gerechte Abwägung der Interessen beider Teile zu der Entscheidung geführt habe. Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann das doch nur heißen, daß unsere Kollegenschaft zurzeit so gut gestellt ist, daß sie einer Aufbesserung ihrer Löhne nicht bedarf. Und dabei ist der Schiedspruch vom 21. April doch erst unter tätiger Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums zustande gekommen. Das sind zum mindesten sehr sonderbare Zustände, daß ein Beamter des Ministeriums, der den Verhandlungen der beteiligten Parteien beigewohnt und dabei die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Arbeiterschaft eine Verbesserung ihres Einkommens werden muß, sich für eine solche Besserstellung ausspricht, während ein anderer Beamter, der die Intemas nicht kennt, diese Notwendigkeit verneint. Ob das Reichsarbeitsministerium nicht merkt, wie es sich durch solche zweifelhafte Haltung selbst obrfehigt? Das Reichsarbeitsministerium offenbart sich mit seiner Haltung als Schützer der Kapitalsinteressen. Natürlich ist die Angelegenheit hiermit noch nicht erledigt.

## Gegen die Zersplitterter

richtet sich eine Resolution, die in der Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, abgehalten in Amsterdam am 18. bis 20. Mai 1921, angenommen wurde. Sie lautet:

„Der am 18., 19. und 20. Mai im Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Bureau gegenüber der auf die Zersplitterung der Arbeiterkräfte abzielenden Aktion seitens der Führer der 3. Internationale.“

Der Vorstand gibt weiter seiner Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nahezu einstimmig gefaßten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat.

In der Erwägung, daß die beharrliche Aktion der 3. Internationale die Reaktionsgefahr andauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolution präzisiert und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zersplitterungsaktion feststellt,

daß das Prinzip der Einheit eine unerlässliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugestanden werden kann, zwei Internationalen zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politisch-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen und die internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Existenz und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerlässlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.“

## Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

betreibt zurzeit in Berlin — ob auch anderwärts, ist uns nicht bekannt — eine Agitation. Dagegen wäre nichts einzuwenden, denn es ist Pflicht der einzelnen Organisationen, die zu ihrem Gebiet gehörenden Berufsgenossen und -genossinnen in den zuständigen Gewerkschaften zusammenzuführen. Das Vorgehen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes aber zwingt zur schärfsten Zurückweisung, da er sich bei seiner Agitation nicht nur an die noch unorganisierten wendet, sondern auch an solche Männer und Frauen, die zum Teil schon seit sehr langer Zeit in anderen Verbänden organisiert sind. So wird uns jetzt berichtet, daß z. B. an unsere in der Reichsdruckerei beschäftigten circa zweieinhalbtausend Mitglieder durch den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ein Agitationsflugblatt verteilt wurde, in dem unter dem Schlagwort der „Industriearbeiterorganisation“ und der „Einheitsfront“ auch unsere Mitglieder aufgefordert werden, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband beizutreten. Wir bestreiten diesem Verbande das Recht nicht, für eine breitere Basis der gewerkschaftlichen Organisation Propaganda zu entfalten, müssen ihn aber dabei ganz dringend ersuchen, sich hierfür die Stellen auszusuchen, die für die Förderung einer solchen Frage zuständig sind. Bis zur Klärung aber sind jedenfalls die Mitglieder unserer Organisation auch vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Ruhe zu lassen. Der un-

laute Wettbewerb unter anerkannten Gewerkschaften bereits angehörten Arbeitern und Arbeiterinnen nach dazu in einem solchen Umfange, wie es hier beliebt wird, ist nicht das richtige Mittel, eine „Einheitsfront“ herzustellen. Hauptsächlich bedarf es nur dieses Hinwieses, daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die Unzulänglichkeit seines Bestehens, seine Mitgliedszahl auf Kosten anderer Gewerkschaften zu erhöhen, einleuchtet. Wir schätzen, daß auch er noch ein reichliches Arbeitsfeld unter den Unorganisierten findet, für die er unbestritten zuständig ist.

### Aus unserem Beruf.

**Beschaffung von Arbeit für die Buchbinderzeit.**  
Die bedauerliche Tatsache, daß die einzelnen Staats- staatlicher und kommunaler Behörden usw. mit zu geringen Mitteln für Ausgaben zum Zweck des Einbindens von Büchern ausgestattet werden, hat unseren Kollegen B r ü d n e r (Berlin) Veranlassung gegeben, in einer Rede im Preussischen Landtag auf diese unangebrachte Sparmaßnahme hinzuweisen. Nach dem vorliegenden Bericht führte er dort aus:

„... Dann sind mir aus einer ganzen Reihe von Universitätsbibliotheken Klagen zugegangen. Dort werden seit Jahren, sofern überhaupt Neuanschaffungen erfolgen, Bücher und die periodischen Zeitschriften nicht mehr eingekauft, was zur Folge hat, daß diese vielbenutzten Hefte in einem oder zwei Jahren vollständig dem Verfall preisgegeben sind. Man spart daran die Buchbinderarbeiten, obwohl hier in Berlin, in Göttingen und in einer ganzen Reihe von anderen Universitätsbibliotheken Hunderte von Arbeitern, von Kleinhandwerkseparatisten — denn diese haben ja früher in den anderen Universitätsstädten die Arbeiten für die Bibliotheken hergestellt — mit dem Einbinden und Instandhalten der Bücher betraut werden können. Das wird nicht gemacht, lieber läßt man diese Werte verfallen und sagt: wenn es nicht anders geht, müssen wir sie eben nachher wieder erneuern.“

Ob diese Anpassung der zuständigen Stellen Erfolg haben wird, steht dahin. Unseres Wissens hat Kollege Brüdnere eine Antwort nicht erhalten.

### Zwischenbetrachtungen.

In Nr. 17 der „Buchbinder-Zeitung“ ist auch der Geschäftsbericht der Mimosa-Wittengellschaft, Fabrik photographischer Papiere in Dresden, wiedergegeben. Dieser Bericht zeigt, daß die Arbeiterschaft leer ausgehen sollte, wovon die Arbeiterschaft der „Mimosa“ nicht gerade erbaut war. Nach Vorstellwerden des Betriebsrates und Überleitung einer von der Arbeiterschaft gefassten Resolution bewilligte die Direktion (bzw. Generalversammlung) für die Arbeiter und Arbeiterinnen der „Mimosa“, die am 1. Dezember 1920 daselbst beschäftigt waren, als Lohn eine doppelte Wochenlohn, so daß in einer Woche mit dem regulären Lohn ein dreifacher Lohn ausbezahlt wurde.

### Christliche Verräter und Unternehmehandler.

Vorigen Winter führte die Kartonnagenarbeiter-Schaft der Firmen Wirt-Roch und A. Koch in Trofing, Talsheim und Albingen (Württemberg) einen Streik um Anerkennung des Reichstarifs für die Kartonnagenbranche. Da die Firma Wirt-Roch in Rottweil eine Filiale hat, deren Arbeiterschaft christlich organisiert ist, mußte auch mit deren Verband in Rühlung getreten werden. Vom Betriebsratsvorsitzenden wurde als Sekretär des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes Herr Wimmann-Rottweil angegeben. Nebenbei bemerkt macht dieser Verband dem christlichen graphischen Verband in christlicher Nächstenliebe Konkurrenz. Mit dem Augenblick, wo dieser geschäftstüchtige Sekretär erfuhr, daß die Forderung zur Einführung des Reichstarifs gestellt wurde, erwachte sein angeborener Sinn für Sonderprivilegien. Er schrieb sofort an die Firma Wirt-Roch, nicht etwa um Anerkennung des Reichstarifs, sondern daß die Löhne der Rottweiler Arbeiterschaft etwas zu erhöhen. Nur so nebenbei verhandelte er noch in der Zwischenzeit mit dem Angestellten des freien Verbandes, um auch bei Aufstellung der Forderung des Reichstarifs beteiligt zu sein. Er konnte sich sogar entschließen, trotzdem er kurz vorher nur um höhere Löhne einkam, bei Ablehnung der Forderung gemeinsam in den Streik zu treten. Dies ist auch geschehen. Nur haben wir auch heute noch das Gefühl, als wenn in manchen Häusern in Rottweil — anstatt direkt in der Fabrik — gearbeitet wurde.

Es waren keine Streikposten aufgestellt, in keiner Zeitungszeitung hat für Verrückung von Arbeitswilligen etwas gestanden. Alles dies und die sonstige Arbeit für geübliche Durchführung des Streiks überließ man dem freien Verband. Dieser mußte auch in den Verhandlungen den Vorsitz führen. Dafür konnte man sich bei dem Unternehmer als lieb Kind empfehlen und hinterrück über den freien Verband herziehen, der es nicht ernst mit der Vertretung der Arbeiterschaft gemeint hat. Um den Streik zu beenden, wurden auf den 29. November Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß angesetzt. Nachdem diese zu keiner Einigung mit den Unternehmern führten, war auch der christliche Sekretär der Auffassung, daß namentlich der Streik in härterer Weise weitergehen muß. Es sollte nach der mündlichen Vereinbarung gekämpft werden bis zum Sieg, aber bis durch beiderseitigen Beschluß der Kampf abgebrochen wird. Sonderabmachungen waren unterlag. Aber schon zwei Tage später glaubten die Unternehmer ihr Glück beim christlichen Sekretär versuchen zu können, um durch Abplitterung den Streik abzuwürgen. Sie hatten sich auch nicht getäuscht. Der Leiter der Christlichen übte glatten Verrat durch Sonderverhandlungen und bekam als Belohnung die Bezahlung des Reichstarifs für seine Mitglieder zugestanden. Dafür sollte dem gleich die Arbeit aufgenommen werden. Um jedoch nicht als Streikbrecherverband dazustehen, wußte er zwei Tage später unsere Einwilligung zur Aufnahme der Arbeit einholen. Eine Moral gibt es für solche Leute nicht mehr. Welchen Schaden er angerichtet und welchen Eindruck sein Verrat auf die Unternehmer machte, war diesem Helden gar nicht bewußt. Nur Rückblick auf die Kasse, die nicht an Ueberfluß leidet, bestimmt das Handeln solcher Arbeiterführer, nicht das Solidaritätsgefühl. Nachdem er keine Erlaubnis zum offenen Streikbruch bekam, wollte er bis zum Eintreffen seines Vorstandsmittels des Rins-Berlin warten. In einer Konferenz mit diesem erklärte dieser kalt, daß nach den Anschauungen seines Verbandes sie nicht für Reichstarifs in solchen Betrieben wären und deshalb nicht weiterstreifen, also gerade den gegenständlichen Standpunkt wie letzter einnahm. Nur bis zur nächsten Schlichtungsausschußverhandlung wollten sie die Mitglieder zum Weiterstreifen beeinflussen. Man war also gewillt, zu arbeiten, konnte dabei heraus was will. Und so wurde auch Bekanntgabe eines Vergleiches von christlicher Seite sofort erklärt, darauf einzugehen und die Arbeit aufzunehmen, da schon die Streikunterstützung voll ausbezahlt sei.

Die getroffenen Abmachungen wurden aber nicht voll eingehalten und deshalb der Schlichtungsausschuß angerufen. Derselbe sollte auch einen für uns günstigen Schiedsspruch, welchen die Unternehmer ablehnten. Ebenso weilerten sie sich, den auf Grund der Verbindlichkeitsklärung erneut geforderten Reichstarif ab 1. April 1921 zu bezahlen. Trotz der schlechten Erfahrung glaubte der freie Verband nochmals gemeinsam die Sache mit dem christlichen Verband machen zu können, denn nur ein gemeinsames Handeln kann Eindruck machen. Vor Aufhebung der Forderungen stellten wir aber die Bedingung auf Zurückweisen von Sonderverhandlungen. Darauf ist der christliche Sekretär eingegangen. Bei Verhandlungen beim Arbeitsministerium war schon alles vergessen. Man bot der christlich organisierten Filiale Rottweil das an, weshalb man sagte, und der Sekretär war damit einverstanden, wenn auch die anderen nichts bekamen. Aber auch in der Zwischenzeit war er wegen der Tariffache nicht untätig geblieben. Er wollte jeden Versuch auf Sonderverhandlungen zurückweisen und doch war bereits ein Termin dazu mit den Fabrikanten vereinbart. Ebenso ging er eine Sonderabmachung ein und erhielt für den verübten Verrat die Bezahlung nach Reichstarif für seine Mitglieder ausgelagt. So sieht die Einholung eines angeblichen Wortes bei christlichen Sekretären aus. Nur Sonderprivilegien ist ihr Streben.

Die Unternehmer wollten aber für ihre Zustände noch etwas mehr haben und ist als Preis für den verübten Verrat die Bestätigung des unbekanntenen freien Verbandes anscheinend bestimmt worden. Dazu bot die mehrjährige Abwesenheit des Geschäftsführers die beste Gelegenheit. Von dieser wußten nur die Unternehmer und muß der christliche Sekretär von dort einen Wind bekommen haben. Es stand kurz vorher ein Artikel in der „Schweminger Volkstimme“ und darauf mußte der christliche Sekretär in einer sich unparteiisch nehmenden Trofingener Zeitung antworten. Er richtete in seinem Artikel persönliche Angriffe gegen den Geschäftsführer, als wenn dieser während des Streiks seine Schuldigkeit nicht getan hätte. Er stellte es so hin, als ob dieser am Ausgang des Streiks die Schuld trägt, nicht der vom christlichen Sekretär verübte Verrat. Nicht ernst soll es der Geschäftsführer mit der Vertretung der Arbeiter genommen haben. Diese Angriffe getraut sich ein Mensch zu machen, der alle Arbeit, die zum glücklichen Ausgang beitragen konnte, dem angegrif-

fenen Geschäftsführer überließ und bei den Verhandlungen als lieb Kind sich zurückhielt. Die Trofingergesamte Arbeiterschaft hat in einer öffentlichen Versammlung gegen diese christliche Heldentat und auch wegen einer gleichen Sache in der Harmonisabranche Stellung genommen. Der eingetragene christliche Held kam — angeblickt wegen einer schon angelegten Versammlung — nicht. Das war ja selber schon christliche Manier.

Die aus allen Sparten aufgesuchte Versammlung hat beschlossen, treu zu der seither bewährten freien Gewerkschaft zu halten und Zerplitterungsverfuche der christlichen Organisation zurückzuweisen. Aber auch das Verhalten der „unparteiischen“ Trofingener Zeitung wurde verurteilt. Es wurde gelobt, solche Zeitungen aus dem Hause zu bringen und dafür die Arbeiterpresse zu abonnieren. So hat die christliche Aktion ein Fiasko erlitten.

### Eine Jahrestellenkonferenz des Gaus Württemberg und Baden

fand am 21. und 22. Mai in Freiburg statt. Die Konferenz war von 11 Orten mit 13 Delegierten besetzt. Konstanz hatte der Kosten wegen keinen Vertreter entsandt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die neue Gauerteilung und die Agitation im Gau. 2. Unsere Tarifpolitik. 3. Die Vertretung des Gaus im Larifausschuß. 4. Bericht von der Beiratsführung. 5. Die Tarifschiedsgerichte im Gau. 6. Verschiedenes. Zum 1. Punkt referierte H e m m i n g e r - Stuttgart. Ursprünglich war als Gauvorort Karlsruhe bestimmt, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde Stuttgart nachträglich vorgezogen. Die Grenze des Gaus kann noch nicht als endgültig bezeichnet werden. Die Angelegten in Lahr und Karlsruhe bekamen noch einen Teil des Gaus als Tätigkeitsfeld zugewiesen. Von den Einzelmitgliedern wurden am Lahr 95, an Karlsruhe 214 und an den Gauvorstand 32 überwiesen. Diese Zahl ist durch Neuaufnahmen und Zuweisung von Ludwigsburg auf gegen 100 gestiegen. Ueber die Entwicklung im Gau orientiert folgende Uebersicht:

Ende II. Quartal 1914 männl.	1660	weibl.	1165	zusammen	2825
III.	1918	556	809	1455	
I.	1919	1094	837	1931	
IV.	1920	3221	587	3808	

Dennoch ein Aufschwung, der wohl befriedigen kann. Aber die Zahl der Mitglieder noch zu steigern, ist möglich. Es muß nicht nur auf Gewinnung neuer Mitglieder Wert gelegt werden, sondern auch deren Erhaltung muß unser Bestreben sein. Unsere Tätigkeit darf nicht nach parteipolitischer Tendenz eingestellt werden, sondern nur die Hebung der wirtschaftlichen Lage und die Befreiung aus Kapitalismus soll das Leitmotiv sein. Nachdem er noch einzelne Episoden aus den Tarifverhandlungen gestreift, gab der Referent ein Bild über die Bewegung zur Schaffung des graphischen Industrieverbandes und den jetzigen Stand dieser Sache. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß jetzt im Gau 7 Verbandsangestellte tätig sind.

In der Diskussion gaben die einzelnen Redner noch weitere Aufschlüsse über ihre Jahrestellen. Kleinrecht-Heilbronn berichtete, daß dort die Jahrestelle viel über Berufswechsel und Kurzarbeit zu klagen hat. Auch wegen Grenzstreitigkeiten mußte er sich mit dem Fabrikarbeiterverband auseinandersetzen. Der Angestellte derselben soll sogar verurteilt haben, die Unternehmer für Nichtbezahlung unserer höheren Löhne zu bewegen. — H o p f - Freiburg berichtet, daß seine Jahrestelle viel unter den inneren Zuständen und der christlichen Agitation zu leiden habe. Doch ist auch ihre Mitgliederzahl bedeutend angestiegen. Nur müssen sich die Mitglieder mehr zum Mitarbeiten und zur intensiveren Agitation hergeben. — D ü r r - Lahr geht auf die Tabelle über die Mitgliederbewegung näher ein und verweist auf die große Zahl Neuaufnahmen. Es sei eine große Situation zu konstatieren. Im Lahr selbst sind in den Betrieben nicht viel mehr zu organisieren. Nur bei den 600 bis 700 Heimarbeiterinnen ist noch ein Agitationsfeld. Der Beibringsfrage und den Jugendlichen müssen wir unsere ganze Aufmerksamkeit widmen. — A b e r - Ulm berichtet, daß die Kartonnagenarbeiter-Schaft wieder organisiert sei. — M a n n - Pforzheim gibt ein Bild von der Lage der Guis-industrie. Neben guter Beschäftigung war aber auch Kurzarbeit bis zu 2 Tagen in der Woche zu verzeichnen. — M a r t i n - Stuttgart zeichnet die Stellung der Gewerkschaften nach kommunikativer Auffassung und macht interessante Ausführungen über die Weltwirtschaftskrise. Er schildert die Maßnahmen einzelner ausländischer Regierungen, um die deutsche Einfuhr zu unterbinden. Im übrigen kritisiert er die Taktik der Gewerkschaften, die mehr zum Kämpfen erziehen, anstatt die Kraft für Volkswirtschaft zu verwenden sollen. — B o g e l - Karlsruhe kann auch von einem Fortschritt berichten. Es ist in der Papierwarendindustrie ein neuer Tarif abgeschlossen und die Buchbinderinnung hat den Reichstarif ab 1. Juni

anerkannt. Die Kartonnagenarbeiterschaft in Baden-Baden wäre im Tabakarbeiterverband organisiert. — Bauer-Stuttgart erfuhr, der Erwerbstlosenfrage das größte Interesse entgegenzubringen und gibt Bericht über getroffene Maßnahmen in Stuttgart. Aus freiwilligen Beiträgen konnte an letzte Arbeitswoche 75 Mt. und an Beiratsratete 100 Mt. monatlich gewährt werden. Es werden jetzt 50 Pf. wöchentlicher Lohsatzbeitrag nur für diesen Zweck in der Zahlstelle erhoben. — Huber-Winter-Trossingen schildert die Schwierigkeiten, die im Schwarzwaldbezirk zu überwinden sind. Doch kann von einem Vorwärtsschreiten gesprochen werden, wenn auch in bezug auf Agitation noch viel zu tun übrig bleibt. Wegen der Schaffung eines Industrieverbandes ist er der Meinung, jetzt schon mit dem graphischen Hilfsarbeiterverband eine Verschmelzung anzustreben. Das Verlangen, Klassenkampf zu predigen, wäre ganz schön, aber an leere Stühle kann man nicht immer mit Erfolg hindrängen. Man darf die tatsächlichen Verhältnisse nie vergessen. — Geiger-Rückheim kann von guter Organisation der Berufsangehörigen berichten, nur für praktische Verbandsarbeit geben sich wenige her. Er ist der Auffassung, daß der Tarif wohl anerkannt ist, aber an manchen Orten nicht immer eingehalten würde und es noch immer Mitglieder gebe, die unter Tarif arbeiten. — Hemminger ging in seinem Schlußwort auf alle vorgebrachten Einwendungen und Ausführungen näher ein. Er forderte auf, sich mehr um die Kolleginnen zu kümmern und sie als gleichberechtigt zu behandeln. Die Methoden der Christen, billige Waren zu besorgen, dürfen wir nicht nachahmen, denn unsere Ziele sind andere. Es muß der Einhaltung der Tarife Aufmerksamkeit geschenkt und die Stabilisierung der Mitglieder angestrebt werden.

(Schluß folgt.)

**Berichte.**

**Göttingen.** Im Streit stehen seit dem 17. Mai die Kolleginnen und Kollegen der Briefordnerfabrik von Emil Mehle. Die Firma, die bis Februar die damals geltenden Lohnsätze des Reichstarifs bezahlte, weigerte sich fortgesetzt, das Lohnabkommen vom 20. Januar zu erfüllen, mit der Begründung, daß sie bei der schlechten Geschäftslage dazu nicht imstande sei. Mehrfache Verhandlungen durch den Gausleiter blieben ergebnislos. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der in Rücksicht darauf, daß die Firma nicht Mitglied eines der am Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeberverbände war, besondere Löhne festsetzte, die mit 15 Pf. unter den Reichstariffen blieben, wurde von der Firma abgelehnt. Der Demobilisationskommissar in Hildesheim lehnte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches mit Rücksicht auf die angebliche Rotlage der Firma ab. Die Kollegenschaft des Betriebes war auf Grund ihrer Kenntnis der Betriebslage anderer Meinung über die vorgebliche Rotlage der Firma. Sie sagte sich, wenn Arbeit genug vorhanden und das Lager leer ist, wenn Erweiterungsbauten und Neuaufstellung von Maschinen und gar die Anschaffung eines Autos erfolgen kann, dann kann die Rotlage der Firma nicht so groß sein, daß nicht auch die an und für sich schon geringen Löhne des Reichstarifs gezahlt werden können. Hinzu kommt, daß die Firma Mehle in bezug auf die Lohnverhältnisse seit Jahrzehnten an letzter Stelle stand und daß bei jeder Lohnerhöhung unendliche Schwierigkeiten zu überwinden waren.

Im Streit stehen 4 Kollegen und 17 Kolleginnen unseres Verbandes und 13 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Hergestellt werden Briefordner. Wir bitten, streng darauf zu achten, daß keine Streikarbeit hergestellt wird.

**Munster.** Die Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle beschloß sich in der Hauptsache mit der letzten Beiratsitzung. Kollege Schrage erkrankte den Bericht in dem Sinne, wie er bereits in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht war. Die Versammlung schloß sich vollständig einig mit den Ansichten ihres Vorsitzenden und billigte dessen Verhalten auf der Beiratsitzung voll und ganz. Folgende aus der Mitte der Versammlung eingegangene Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Munster erklärt sich mit dem Verhalten des Kollegen Schrage auf der Beiratsitzung in Berlin vollständig einverstanden. Sie spricht ihm auch fernerhin das größte Vertrauen aus.“

Die Versammlung bedauert lebhaft, daß sich der Verbandsvorstand nicht entschließen konnte, gegen die kommunistischen Gewerkschaftsleiter in Berlin mit den stärksten Mitteln, das ist der Ausschluß aus dem Verbande, vorzugehen. Nach wie vor halten die Versammlungen an der Antikerbamer Gewerkschaftsinternationale fest und bestreiten den Vertretern der sogenannten Dritten Moskauer Internationale das Recht, im Namen der deutschen Arbeiterchaft zu sprechen. Wer sich gegen die Beschlüsse des Verbandsvorstandes und des A.D.G. wie gegen die Beschlüsse der Gewerkschafts-

internationale stellt, darf in unserem Verbande keinen Platz mehr haben, denn er stellt sich außerhalb unserer Reihen. Sollten in Zukunft wieder derartige Vorkommnisse eintreten wie die, welche den Beirat beschuldigten, verlangen die Angewandten Mitglieder, daß der Verbandsvorstand die Beschlüsse des Beirates unverzüglich zur Ausführung bringt.“

**Chemnitz.** Eine gutbesuchte Versammlung tagte hier am 28. Mai. Die Tagesordnung war auch interessant genug, um einen guten Besuch zu rechtfertigen. Zunächst gab Kollege Schreier einen Bericht von der Beiratsitzung. Nachdem er in seinem Bericht alle Einzelheiten behandelt hatte, setzte eine lebhaft ausgeführte Rede ein. Alle Redner rügten aufs schärfste die Vorgänge in Berlin, die nicht geeignet sind, die gewerkschaftliche Einigkeit zu stärken und zu fördern. Nachstehende Entschliessung wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Chemnitz verurteilt aufs schärfste das Treiben der Berliner Ortsverwaltung. Eine solche einseitige parteipolitische Tätigkeit schwächt unsere Schlagkraft. Mehr als bisher bedürfen wir der Geschlossenheit, um die Ansprüche der Unternehmer abzuwehren, da gerade wir in unseren Betrieben bei deren Eigenart schwere Kämpfe zu bestehen haben werden. Gegen eine gesunde Kritik auf rein gewerkschaftlicher Grundlage ist nichts einzuwenden, diese wirkt auch fördernd, wenn mehr als bisher die Gesamtkollegenchaft am Verbandsleben regen Anteil nimmt. Wegen Mitglieder, die den Verband nur zum parteipolitischen Tummelplatz machen wollen und dadurch zum Zerwürf des Verbandes werden, ist mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.“

Sodann berichtete Kollege Pfüge über die Lage der Kollegenschaft in den Druckereien. Eine wahre Verschleppungstatistik wird von seiten der Unternehmer getrieben, um unserer Kollegenschaft ihre Rechte zu versagen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß ungelernete Arbeiter bedeutend höhere Löhne haben als unsere Kollegen. Die geforderte Wirtschaftsbeihilfe wird hier von den Unternehmern glatt abgelehnt. Auch die Innung kann sich nicht bewegen lassen, die vollen tariflichen Sätze zu zahlen, welche unseren Kollegen und Mitarbeiterinnen zustehen. Die Unternehmer beider Sparten sind sich einig, bei Streitigkeiten die Arbeiter stets abblühen zu lassen. Um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen, wurde ein Antrag einstimmig angenommen, im Laufe der kommenden Woche eine öffentliche Versammlung tagen zu lassen und dieser vorzuschlagen, zu Aktionen zu schreiten, um sich den nötigen Respekt wieder zu verschaffen. Alle Anwesenden, auch solche anderer Sparten, erklärten sich solidarisch und werden die kämpfende Kollegenschaft mit allen Mitteln unterstützen.

**Dresden.** In der Mitgliederversammlung vom 24. Mai berichtete Kollege Lange, daß für die Zigarrenbranche ein Akkordtarif ausgearbeitet wurde und unter diesbezüglichen Vorschläge bereits den Unternehmern zugegangen seien. Ein Besuch an dem Demobilisationskommissar um Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, den die Buchbinderinnung abgelehnt, hatte bisher zur Folge, daß Vertreter unserer Zahlstelle und der Innung vom Demobilisationskommissar zu einer Besprechung eingeladen wurden, um über eine Einigungsbasis zu verhandeln, doch hat die Innung ihr Erscheinen mit der Begründung abgelehnt, nicht mehr geben zu können, andernfalls sie eben Entlassungen vornehmen müßte. Ueber die nunmehrige Haltung des Demobilisationskommissars darf man wirklich gespannt sein. Beurteilt wird noch das Verhalten der Kollegenschaft einiger Betriebe, die mit ihrem Arbeitgeber ein Abkommen unter dem Tarif unterzeichnet haben, nur um sich die Ferien zu sichern. Dann berichtete Kollege Menzer über die letzte Beiratsitzung, wobei er unter anderem folgendes ausführte: Er müsse auf Grund des vorliegenden Berichtes in der „Buchbinderzeitung“ Ausführungen und Ergänzungen machen und erkläre, daß das Ganze nichts anderes bedeute als den Kampf gegen die lästigen Kommunisten. Weil Kapfer seine Ferien dazu benutzt wollte, zu informatorischen Zwecken nach Rußland zu fahren und weil der Verbandsvorstand erst nachträglich davon in Kenntnis gesetzt wurde, hat man ihm daraus einen Strich drehen wollen. Zu einer Zerrettung der Gewerkschaft hätte es bestimmt geführt, wenn auf die Absicht des Verbandsvorstandes eingegangen worden wäre. Eine Tragödie ersten Ranges wäre es geradezu gewesen, wenn man einen Kollegen wegen einer Informationsreise aus dem Verband ausgeschlossen hätte, und wenn sich Arbeiter bereit erklärt hätten, ihre Zustimmung zu geben, um den Kampf zu führen gegen die Kommunisten, gegen diejenigen Arbeiter, welche auf dem Wege sind, sich herauszurufen. Als die kommunistische Partei noch groß war, wagte man nicht gegen sie vorzugehen, aber heute glaubt man, diese Partei sei klein und so finde man den Mut zum Handeln. Im Buchbinderverband sei man aber noch nicht so weit, daß die Anhänger der SPD. und der U.S.P.D. gemeinsam die Kommunisten aus dem Verband herausdrängen können, haben doch die neuen

Ortsverbände in Berlin es mit sich gebracht, daß die Kommunisten wiedergewählt wurden. Kapfer sei aber auch ein von dem Gros der Berliner als tüchtig geschätzter Kollege. Es sei zu bedauern, daß zwei Tage nur wegen der Angelegenheit Kapfer verhandelt und so viel Geld ausgegeben wurde, das erspart werden konnte, weil die frühere Resolution des Beirates dem Verbandsvorstand genügend Sicherheit bot, um gegen diejenigen einzuschreiten, welche gegen die Gewerkschaft verstoßen. Nachdem Wenzler eine Resolution kritisiert hatte, über die überhaupt keine Abstimmung erfolgt ist, erklärte er weiter: Da für diese Resolution keine Aussicht bestand, daß sie angenommen werde, hat man einen ehrlichen Rückzug angetreten und eine Resolution zur Annahme gebracht, die den Kollegen Kapfer wieder auf seinen Posten setzte. Diese Resolution ist in der „Buchbinderzeitung“ fest und gesperrt gedruckt, daß aber dadurch der Beschluß des Verbandsvorstandes wieder aufgehoben wurde, ist nicht fest gedruckt worden. (P. D. R.) Ganz allgemein suchte Wenzler immer nur einer Seite Rechnung zu tragen und manches so zu beleuchten, daß es lächerlich erscheinen sollte.

Kollege Lange erwähnte ganz kurz, daß sich ein Auswärtiger über die Vorkommnisse in der Berliner Zahlstelle kein zutreffendes Bild machen könne und deshalb die parteiische Beleuchtung durch den Kollegen Wenzler über diese und die Beiratsitzung genau so wie über die oftmaligen optimistischen Schilderungen über Rußland unendlich viel Gegenrede herausfordern könnte. Nach den bisherigen Erfahrungen ginge man schließlich wieder ohne Klärung von dannen und nehme den Mitgliedern die Gelegenheit, angenehmere und bildende Vorträge zu hören.

Während einige Mitglieder eine Aussprache wünschten, weil doch deren Geld in so nutzloser Weise verausgabt worden sei, mit dem Hinweis, daß der einst gestellte Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandsstags und einer Beiratsitzung, denen ehrliebe Absichten zugrunde lagen, abgelehnt worden sei, erledigte sich ein Antrag, in Rücksicht auf den ansehnlichen Vortrag über Peter Kofegger von einer Diskussion der Ausführungen Wenzlers abzusehen, dadurch, daß nach mehrmaliger Anfrage durch den Vorsitzenden das Wort zur Aussprache nicht begehrt wurde.

Nunmehr erfolgte der Vortrag über Peter Kofegger durch Herrn Heinz, der es verstand, durch besonders auserwählte heitere und ernste Erzählungen aus dem Leben und den Dichtungen Peter Kofeggers die ganze Aufmerksamkeit und das Interesse der Anwesenden zu fesseln, die auch dem Vortragenden durch reichen Beifall ihre größte Zufriedenheit bekundeten, so daß es sehr bedauert werden muß, daß diese Versammlung so schwach besucht war.

**Kassel.** Ein langwieriger Streit um die Bezahlung des Reichstarifes in den Betrieben der Kasseler Buchbinderinnung ist jetzt durch den Demobilisationskommissar zugunsten unserer Kollegenschaft entschieden worden. Nachdem am 20. Januar das Berliner Lohnabkommen getätigt war, forderten unsere Kollegen am 31. Januar von der Buchbinderinnung die Anerkennung der neuen Lohnsätze. Anstatt dieses durchaus berechnete Verlangen zu erfüllen, antwortete die Buchbinderinnung am 20. Februar: „Wir sind nicht in der Lage, eine weitere Lohnerhöhung tragen zu können. Um aber der Not zu steuern, bieten wir Ihnen an, jeden Tag eine Stunde länger zu arbeiten. Auf diese Weise haben Sie 6 Arbeitsstunden in der Woche mehr (selbstredend wird diese Stunde nicht als Überstunde bezahlt), was schon ein ganz hübsches Mehrertrögen ergibt. Wir Meister müssen ohne Ausnahme auch länger als 8 Stunden arbeiten, meistens 10 Stunden.“ Die Innungsmeister folgen also hier auch den Schachmachern unter den Arbeitgebern, denen der achtstündige Arbeitstag ein Dorn im Auge ist. Nachdem mehrfache Verhandlungen seitens der Ortsverwaltung und des Gausleiters ergebnislos blieben, fällt der Schlichtungsausschuss in Kassel am 13. April nachstehenden Schiedspruch:

„Der Schlichtungsausschuss hält die in dem Reichstarifvertrag für das deutsche Buchbinder-gewerbe und verwandter Berufszweige und in den Nachträgen festgelegten Lohnsätze als angemessen für die Bezahlung der bei den Antragseignern beschäftigten Arbeitnehmer, und zwar von der laufenden Lohnperiode an.“

Die Buchbinderinnungsmeister lehnten diesen Schiedspruch ab und hatten dann gar die Stirn, der Kollegenschaft zu empfehlen, wenn sie mit ihren Löhnen nicht auskämen, dann möchten sie aus dem Verbande austreten, dann sparten sie die Beiträge.

In einer am 7. Mai stattgehabten Mitglieder-versammlung nahm die Kollegenschaft Kassel zu diesen Vorgängen Stellung. Mit Entrüstung wurden die Annahmen dieser Innungsmeister jurisdigewiesen. Einstimmig erklärte die Kollegenschaft, daß sie sich in der Treue zur Organisation nicht wankend

machen und sich den Achtundentag nicht nehmen lassen würde. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, alles zu tun, um der Kollegenschaft zu ihrem Recht zu verhelfen.

Inzwischen wurde am 24. Mai durch den Demobilisierungsausschuss folgender Entschluß gefaßt: „In der Streitsache der Buchbinderarbeiten- und -arbeiterinnen gegen die Buchbinderzwangsinnung wird der am 13. April 1921 vom Schlichtungsausschuss in Kassel erlassene Schiedsspruch hiernüt für verbindlich erklärt, da die von der Buchbinderzwangsinnung angeführten Gründe für ihr ablehnendes Verhalten gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmerseite nicht für so schwerwiegend erachtet werden können, daß sich eine einseitige Regelung der Löhne der Buchbinder nicht herbeiführen lassen könnte. Auch scheint eine dringende Notlage der Buchbindermeister und ein Mangel an Aufträgen nicht vorzuliegen, da den Gehilfen angeboten worden ist, ihre Einkünfte durch Leistung von Ueberstunden zu erhöhen. Dazu kommt, daß tatsächlich die zurzeit gezahlten Löhne nicht als ausreichend bezeichnet werden können.“

Ein erfreuliches Ergebnis hatten wir bei der Firma Wenderoth A.-G. zu verzeichnen. Dort waren zirka 80 Kolleginnen und Kollegen der Kartonnagenbranche im Fabrikarbeiterverband organisiert. Diese sind jetzt geschlossen zu uns übertreten, und es ist uns gelungen, den Reichstaxi dort zur Einführung zu bringen. Durch diesen Uebertritt ist unsere Zahlstelle auf über 400 Mitglieder angewachsen.

München. Die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle nahm zu verschiedenen wichtigen Fragen Stellung. Vor Beginn gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder Zenta Bauer, Christine Schwarz, Anna Oster, Sophie Matzilles und Franz Bauer. Nach Erledigung des Kassenerichts machte Kollege Faust im Tätigkeitsbericht unter anderem die Mitteilung, wonach die bekannte Firma Odenbourg einer Reihe von Kolleginnen auf Anordnung der Demobilisierungsstelle kündigte. Dies gab Veranlassung, das einseitige Vorgehen dieser Instanz und der Firma einer Würdigung zu unterziehen. Die Mehrzahl dieser Kolleginnen, deren Männer in Verdienst stehen, sind 20 bis 25 Jahre im Betrieb, aber nicht zum Vergnügen, sondern weil der Verdienst des Mannes zu gering ist, um die Familie ernähren zu können. Als vor 2 Jahren die Entlassung dieser Frauen angeordnet wurde, wehrte sich die Firma mit Händen und Füßen dagegen mit dem gewünschten Erfolg. Es war damals guter Geschäftsgang. Heute, in der Zeit der Kurzarbeit, ist die neuerliche Anordnung der Kündigung eine erwünschte Gelegenheit, der Arbeiterschaft fühlen zu lassen, daß man wieder oben ist. Doch das schönste dabei ist, daß in dieser Firma seit Jahren eine sogenannte Prämienkasse besteht, aus der alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf eine 25jährige Tätigkeit daselbst zurückblicken können, 500 M. erhalten. Diese 500 M. will die Firma nun denjenigen gekündigten Arbeiterinnen, denen nur einige Monate an der vollen Zahl 25 fehlen, zur Auszahlung bringen, aber alle anderen bis zu 24 1/2 Jahren Tätigen sollen leer ausgehen. Hat die Firma dabei daran gedacht, daß diese Summe bei der heutigen Teuerung wohl von allen schon verausgabt ist, noch ehe sie nur einen Pfennig davon in der Hand haben? Wahrscheinlich nicht. Viel eher dürfte sie der Meinung sein, daß die Betreffenden sich in dieser langen Zeit und bei diesen hohen Löhnen ein hübsches Sümmchen erspart haben.

Der nachfolgende Bericht des Kollegen Faust von den Tarifverhandlungen bestätigte diese Auffassung der Arbeitgeber im Buchbindergewerbe. Helle Empörung ergriff die Versammelten, als sie von der Haltung der Unternehmer in Sachen der Wirtschaftsbeihilfe und der Reuberatung des Tarifs selbst erfuhren. Einmütig wurde in der anschließenden Diskussion der Standpunkt vertreten, daß die Münchener Kollegenschaft sich auf keinen Fall auf eine Verschlechterung des Tarifs einlassen wird. Die Versammelten waren der Meinung, daß dem Vorgehen des Arbeitgeberums aller Berufe endlich ein Paroli geboten werden muß in Form eines geschlossenen und durchgreifenden Vorgehens aller Arbeiterorganisationen, im graphischen Gewerbe durch das einheitliche Zusammenarbeiten aller graphischen Verbände.

Von der Innung werden der Einführung des Reichstaxi immer noch Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Herren boten 7 Proz. auf die bestehenden Löhne und wüßten einen Sondertarif für Süddeutschland. Der Achtundentag wird wenig eingehalten. Es bestehen Arbeitszeiten bis zu 55 Stunden und die Bezahlungsabrechnung steht in hoher Blüte. Energisches Eingreifen wird auch diese Zukunft eines Besseren belehren.

Den Bericht von der Beiratsitzung gab an

Stelle des trotz Einladung nicht erschienenen Kollegen Schregle-Augsburg der Kollege Brugger, indem er sich des Berichts der „Buchbinder-Zeitung“ bediente. Die daran anschließende sehr lebhaft diskutierte Diskussion ergab geschlossene Ablehnung des Verhaltens des Kollegen Schregle, der auf der Tagung des Beirats den Ausschluß des Kollegen Rospar beantragt hatte, trotzdem ihm vor seiner Abreise mitgeteilt worden war, daß eine Verammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte mit der Ortsverwaltung Münchens beschloß, ihm auf den Weg zu geben, daß die Berliner Vorgänge sehr gewissenhaft geprüft und alles vermieden werden müßte, was die Schlagkraft des Verbandes stören oder gar seine Zersplitterung herbeiführen könnte. Ohne Rücksicht auf diese Meinungsausführung der Vertreter von 2200 Verbandsmitgliedern vertrat er seinen persönlichen Standpunkt. Von verschiedenen Rednern wird auch die Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ im allgemeinen und die breite Aufrollung der Berliner Vorgänge in der gegenwärtigen Zeit verurteilt, wo Tarifvertreter mit so traurigen Verhandlungsergebnissen vor ihre Mitglieder hinstreten müssen. Ehrliche Mitarbeit aller ist dringend nötig, wenn nicht die Massen das Vertrauen zu den Gewerkschaften verlieren sollen. Daß einheitliches Arbeiten bei gutem Willen möglich ist, beweist die Verwaltung der Zahlstelle München, in der alle drei Richtungen vertreten sind. Mit dem Resultat der Tagung des Beirats ist die Verammlung einverstanden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgt Schluß der Verammlung.

Eine Absage an die Moskauerpostel.

Das ist das Ergebnis der Urabstimmung in Berlin vom 28. Mai. In der Berliner Tagespresse wurde folgendes Resultat der Abstimmung bekanntgegeben: Mit 3184 gegen 2119 Stimmen wurde der Antrag der Generalversammlung an die Ortsverwaltung abgelehnt, den Verbandsvorstand aufzufordern, am Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale am 1. Juli 1921 in Moskau teilzunehmen und denselben zu beschicken. Mit 3186 gegen 2120 Stimmen wurde folgender Beschluß der Generalversammlung abgelehnt: In dem sie den Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale bearricht, erklärt sie sich für die Beteiligung und für die Beschickung der Konferenz durch eine Delegation der Zahlstelle Berlin. Und mit 3187 gegen 2116 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt, zu dem Kongreß zwei Delegierte zu entsenden, von denen einer Anhänger der Moskauer Internationale, der andere Anhänger der Amsterdamer Internationale sein soll. 73 Stimmzettel waren ungültig.

Dieses Abstimmungsergebnis zeigt, daß auch die Berliner Mitglieder unseres Verbandes in ihrer Mehrheit der kommunistischen Ortsverwaltung nicht folgen, wie diese es immer darzustellen beliebt.

Abrechnungen

vom 1. Duratal gingen weiter bis zum 7. Juni bei der Verbandskasse ein von: Heideberg 1572,75 M., Herjahn 900.— M., Saarlouis 620,80 M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Freiberg i. Sa., Gera, Glauchau, Mühlheim, Nordhausen, Pirmasens und Straubing.

Adressenänderungen.

B.: Bevollmächtigter. K.: Kassierer. Boll D.-M. Göppingen. B.: Traub. K.: S. Trüfinger. Ebersbach-Neugersdorf. B.: E. Krob, Neugersdorf i. Sa., Sprezquellenstr. 188. K.: F. Braal, Neugersdorf i. Sa., Reutersdorfer Str. 148.

Literarisches.

Reit-Wintler, Steuerbuch. Verlag Schwäbische Tagewacht, Stuttgart. Preis 20 M. Bei der Unübersichtlichkeit der umfangreichen Steuergesetzgebung wird fast jeder Steuerzahler vor Fragen gestellt, die er nicht ohne weiteres beantworten kann. Hier soll ihm das Steuerbuch ein Ratgeber sein. Für Steuerausgleichsmittel wird es sich als unentbehrliches Hand- und Nachschlagewerk erweisen. Das Buch enthält alles Wesentliche aus dem Gebiete der für die Dauer bestimmten direkten Steuergesetzgebung, nämlich: Das Einkommensteuergesetz und das Körperschaftsteuergesetz mit gemeinverständlichem Kommentar, das Kapitalertragsteuergesetz in seinen Grundzügen, das Landessteuergesetz, das Erbschaftsteuergesetz, je im vollen Wortlaut, und die grundlegenden Bestimmungen der Reichsabgabenordnung. Jedem Gesetz ist ein seine Entstehung und sein Wesen systematisch erläuternder Aufsatz vorangestellt. Ein Register erleichtert den Gebrauch des Buches.

Berichtigung.

In unserem Artikel über: „Die Ausfuhr von Roh- und Halbetuis“ in der letzten Nummer ist uns insofern ein Irrtum unterlaufen, als es sich nicht um sogenannte „Halbetuis“, sondern um „halb fertige E Luis“ handelt. Der Inhalt der dort angelegenen Eingabe ließ das ja schon ersehen.

ANZEIGEN

Bekanntmachung

des Ergebnisses der am 28. Mai 1921 stattgefundenen Wahl der Arbeitnehmervertreter zum Ausschuß der Kasse.

Es sind von beiden Wahlvorschlägen die ersten 80 der ordentlichen Vertreter, der ersten und zweiten Ersatzmänner als gewählt zu betrachten.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

gez. A. Gottesmann, Vorsitzender. gen. Fr. Keesle, Schriftführer.

Buchbinderwerkzeug.

Bestände, 2 Holzhandpressen, Copierpresse, Lederhärtstein, div. Messer u. sonst. Werkzeug zu verl. Zu ekr am Montag, den 13. Juni bei Meißner, Berlin SO., Admiralsstr. 13.

Outg. langj. Papiergeschäft mit gut eingel. Leihbibliothek geg. fl. Wohnungskauf sofort billig zu verkaufen Off. unter Nr. 213 an Rudolf Wisse, Neuföln, Hermannstr. 93/94.

Jungen Etuismacher u. Etuischreiner

für Weste und Etalagen stellt ein

Theodor Claus, Etuisfabrik, Köln a. Rh., Holzmarkt 21

Grüne u. blaue Berufschürzen, welche Buchbindergerber bei getragen werd n. liefert in erstklassiger Qualität und Farbe zu Bezugspreisen à 25.— d. Stck. an Mitglied d. Ztg. A. C. Volz Berufschürzenfabr. Griesgrat, Mollstr. 77, Tel. 2365. Bestell. durch d. Zahlstellen erb. Einzelverkauf arg. Nachnahme.

Gelucht zwei gut eingearbeitete Tischler auf Beständen und Schaufelreimrichtungen. Wegen der für Familien herrschenden Wohnungsnot könnten nur un-berbeitete Leute in Frage kommen. Ludwig & Waurich Hamburg 1, Kleine Bäckerstraße 20.

Als Spezialität liefert zu billigsten Tagespreisen feinstes Bilderglas Adolf Rommel, Köln/Rh. Glasgroßhandlg. Agrippastr. 68/74

Der Reichs-Akkordlohn tarif für Buchbinderarbeiten ist zu ermäßigten Preisen durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen. Preis des ganzen Tarifs mit Nachtrag einschließlich Porto . . . 4.— Mk. Preis des Nachtrags allein einschließlich Porto . . . 1.— Mk. Alle Kolleginnen und alle Kollegen, die in Akkord zu arbeiten genötigt sind und sich vor Schaden bewahren wollen, müssen den Reichs-Akkordtarif besitzen. Wo nicht direkt nach dem Reichs-Akkordtarif entlohnt wird, leistet dieser zu Vergleichszwecken — gute Dienste.